

## 6. Klimaschutz: Schutzartikel in die Verfassung

Antrag der Redaktionskommission vom 9. September 2021

KR-Nr. 232b/2018

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft und wir haben keine Änderungen vorgenommen. Besten Dank.

*Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen):* Ich erlaube mir, obwohl das in der zweiten Lesung nicht Usus ist, nochmals das Wort zu ergreifen. Denn es geht doch um eine Verfassungsänderung von grundlegender Bedeutung, und wir möchten dazu noch etwas sagen:

Die FDP wird, wie in der ersten Lesung eingehend dargelegt, dem vorliegenden Verfassungsartikel zustimmen. Er stellt – liebe SVP, hört genau hin – einen pragmatischen Kompromiss dar. Er ist wichtig, richtig und verstösst in vorliegender Form auch nicht gegen liberale Grundsätze. Allerdings, dieser Rat hätte es in der Hand gehabt, dem Verfassungsartikel die der drängenden Herausforderung durch den überschnellen Klimawandel angemessenste Waffe in die Hand zu geben, nämlich die explizite Orientierung am Verursacherprinzip, so wie es die FDP, die Mitte und eine Vertreterin der Grünen gefordert haben. Letztere hat es in ihrem Votum auf den Punkt gebracht: Alles andere als das Verursacherprinzip ist beim Klimaschutz wirklich zu wenig.

Der FDP ist es deshalb wichtig, zuhanden der künftigen Generationen Folgendes im Protokoll festzuhalten: Die Mitte-links-Klimaallianz hat es zusammen mit dem verantwortlichen Regierungsratsmitglied (*Regierungsrat Martin Neukom*) und der in dieser Frage zu zögerlichen SVP aus ideologischem Parteikalkül wissentlich und bewusst unterlassen, die wirkungsvollste Waffe im Kampf gegen den Klimawandel in den Verfassungstext aufzunehmen. Diese Unterlassung wird unseren Kanton wertvolle Zeit und potenziell sehr viel Geld kosten. Und unsere Bevölkerung wird in der Volksabstimmung diesen Fehler leider nicht mehr korrigieren können, sie wird nur Ja oder Nein zu einem zwar schön schnurrenden, aber recht zahlosen Tigerlein sagen können. Was wir hier machen, nennt man in der Wirtschaft «Window Dressing». Ein ähnliches Versagen droht nun übrigens auch auf Bundesstufe, wo die Umweltministerin (*Bundesrätin Simonetta Sommaruga*) nach dem abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetz nicht mehr den Mut aufbringen will, der Bevölkerung klaren Wein einzuschenken, dass der Kampf gegen den Klimawandel nur unter konsequenter Anwendung des Verursacherprinzips schnell und wirksam geführt werden kann und, notabene, liebe SVP, unter Vermeidung exorbitanter unnötiger Kosten zulasten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und der Steuerzahler. Wir brauchen Frauen und Männer in diesem Land, in diesem Kanton mit dem Mut, der Bevölkerung klarzumachen, dass man das Fell von uns Klimawandel nicht waschen kann, ohne es nass zu machen. Das gilt genauso für den

gutgestellten Zweitwohnungsbesitzer, den übermotorisierten Bauern, den teilzeit-optimierten Städteflieger wie auch allen Benutzerinnen und Benützern des hochsubventionierten ÖV.

Und jetzt dann, Anfang November, wird Mann, Frau und Stern (*Anspielung auf den Genderstern*) am Klimagipfel in Glasgow wieder heilige Schwüre leisten. Diese werden künftig alle gebrochen werden müssen, sollte sich die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips nicht weltweit durchsetzen. Die Welt braucht eine transparente, allgemein akzeptierte Bepreisung des CO<sub>2</sub> und dessen einfache globale Verhandelbarkeit. So einfach ist das, ja, es wäre wirklich einfach. Das Hauptproblem unserer Klimakrise, nämlich das ängstliche Vermeiden der verursachergerechten Bepreisung unserer Klimasünden würde eine freie Marktwirtschaft mit möglichst wenigen staatlichen Eingriffen, Fesseln und Regulierungen weitestgehend selber lösen. Und alle Staaten, Kantone und Städte, die meinen, mit Verboten oder umverteilungsmotivierter bürokratischer Bevormundung den Klimawandel genügend schnell und effektiv verlangsamen zu können, werden grandios scheitern. Auch dieses Problem, auch diese Hypothek werden wir so leider den folgenden Generationen unnötigerweise aufbürden. Ja, die Welt braucht eine liberale Klimapolitik, die diesen Namen verdient und die hauptsächlich und vordringlich auf dem Verursacherprinzip basiert.

Aber wie eingangs erwähnt, in der Zwischenzeit wird sich die liberale FDP pragmatisch und im Wissen um die begrenzte Wirkung für den nun vorliegenden, leider unvollkommenen Verfassungsartikel einsetzen. Das Erwachen kommt auch hier – einmal mehr – später. Besten Dank.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Lieber Hans-Peter Brunner, herzlichen Dank nochmals dafür zu hören, dass die FDP immer noch hinter diesem Verfassungsartikel steht, das ist uns sehr wichtig. Du hast jetzt das Thema «Verursacherprinzip, Gemeinlast-Prinzip» wieder gebracht, und es ist uns doch sehr wichtig, aus unserer Sicht, aus grüner Sicht auch nochmals auf dieses Thema kurz einzugehen: Selbstverständlich stehen wir hinter dem Verursacherprinzip, aber nicht ausschliesslich. Eine Erfahrung war ja auch die CO<sub>2</sub>-Abstimmung (*eidgenössische Volksabstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz*) in der Schweiz. Die Bevölkerung hat sich leider in weiten Teilen auch sehr kritisch gegenüber dem Verursacherprinzip geäußert. Ich denke, das sollte uns eine Lehre sein, wenn wir darüber reden, in welcher Form wir wirksamen Klimaschutz machen können. Wir setzen uns klar dafür ein, dass der Klimaschutz mit dem Verursacherprinzip, aber auch mit dem Gemeinlastprinzip gemacht wird. Die Verantwortung ist nicht immer ganz klar einer Verursacherin, einem Verursacher zuzuschreiben.

Wenn wir nur ein Verursacherprinzip hätten, würde das Ganze sehr schwerfällig, sehr bürokratisch. Und wir haben diese Zeit einfach nicht, lange Ursachenforschung in jedem Fall zu betreiben. Deshalb brauchen wir ein schnelles und wirksames Klimaschutzgesetz, einen Verfassungsartikel. Beide Begriffe sollen also in die Verfassung kommen – so ist es auch gedacht – und auf der jeweiligen Gesetzesstufe soll dann festgelegt werden, ob im einen oder im anderen Fall eher ein Verursacherprinzip oder eher ein Gemeinlastprinzip berücksichtigt werden soll.

Wir setzen uns ein für einen umfassenden Klimaschutz, mit allen Mitteln und allen Prinzipien, und ich danke allen, die diesen Klimaschutzartikel, so wie er jetzt zur Abstimmung steht, auch unterstützen.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Die Vertreter in der Grünen hat es klar gesagt, das ist die grüne Position. Und der Vertreter der FDP überholt die Linken und die Grünen noch etwas weiter links und etwas weiter grün. Er nickt zustimmend. Ich hoffe, die Damen und Herren im Livestream – es sind ja nie viele – sehen das und sehen, was die FDP eigentlich will: Die FDP will einfach jetzt ins grüne Rampenlicht und hofft, damit noch ein paar Stimmen zu gewinnen. Es wird nicht gelingen, Hans-Peter Brunner, es wird ganz sicher nicht gelingen, denn die Umfragen zeigen es. Und es wird auch nicht gelingen, wenn man heute in der Zürich Zeitung (*gemeint ist die NZZ*) wieder prominent sieht: Die gesamte FDP und sogar gleichgeschaltet noch ein Jungfreisinniger, nachdem man durch die hier sitzende Fraktionsvorsitzende der FDP (*gemeint ist Beatrix Frey*) einem zweiten verboten hat, an einem Podium aufzutreten, so wie bei der Kommunistischen Partei. Die FDP hat sich von einer bürgerlichen Position verabschiedet, die FDP will eine stramm linksliberale Position fahren. Hans-Peter Brunner hat das gezeigt. Dieser Artikel gehört nicht in die Verfassung, er gehört nicht in die Verfassung eines freien Staates. Was wir brauchen, ist: Wir brauchen Innovation, wir brauchen Forschung, und da sind wir führend und die wird sich durchsetzen. Aber wir brauchen keine kommunistische oder staatslenkende Politik, wie es die FDP jetzt hier verlangt und sich frontal und voll von ihrer liberalen Politik verabschiedet hat.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Jetzt keine Osterhasen (*Anspielung auf sein Votum in der Debatte zu KR-Nr. 352/2021*). Ich bin gegen einen solchen Artikel, weil wir einen Haufen Window Dressing unter dem Stichwort «Klimaschutz» betreiben. Wir machen alles Mögliche mit grösstem staatlichen Aktivismus, Förderungen. Wir fördern Elektromobilität, die wir vielleicht in ein paar Jahren wegen Strommangels schon verbieten müssen. Wir machen bei der Elektromobilität CO<sub>2</sub>-Rechnungen, die nirgends stimmen, weil wir die Batterieproduktion, die Fahrzeugproduktion und alles ausklammern, und auch die Stromproduktion. Wir gehen bei der Stromproduktion Wege, die absolut von Umwelt- und Klimaschutz wegführen, indem wir mit dem Wegfall von Atomkraftwerken auf Gaskraftwerke und thermische Kraftwerke angewiesen sein werden, sodass die Schweiz in der Rangordnung der Länder, die relativ wenig CO<sub>2</sub> pro Kopf ausstossen, weit zurückfallen wird. Was soll das Window Dressing? Es wäre gescheiter, ganz konkret, zielgerichtet, sinnvoll umweltfreundlich zu legiferieren, ohne grosses Window Dressing in der Verfassung und ohne einen Pseudo-Klimaschutz, dem wir nachrennen und der sich genau ins Gegenteil verwandelt. Ich danke euch.

*Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Hans-Peter Amrein, ich adressiere es speziell an dich und nicht an die SVP, weil ich weiss, dass es in der SVP auch Köpfe gibt, die bereit sind, in die Zukunft zu schauen,

und die auch bereit sind, mit offenen Augen und offenen Sinnen diese Herausforderungen, die wir haben, anzugehen. Und wir haben eine Herausforderung. Es ist eine sicherheitspolitische Herausforderung, ich habe das in meinem Votum bei der Eintretensdebatte bereits erwähnt, es ist eine sicherheitspolitische Herausforderung. Und da nimmt die FDP eine ganz klare Haltung ein, hat sie schon immer so gehabt, auch wenn wir zum Teil natürlich auch Widerstände haben, auch in der eigenen Partei, das ist auch richtig so. Denn der Staat hat hier effektiv eine grosse Funktion, eine wichtige Funktion. Der Staat muss das Verursacherprinzip durchsetzen. Das ist unangenehm. Das ist unangenehm bis auf unsere Stufe, wenn du der Kollegin oder dem Kollegen sagen musst: «Das kostet etwas. Das kommt nicht einfach so gratis.» Und das macht die FDP. Wir sind dazu bereit, diese unangenehme Aufgabe zu übernehmen. Es geht um die Zukunft unserer künftigen Generationen und unserer Welt. Und da ist die FDP bereit, diesen wichtigen Schritt zu machen, auch diesen Artikel; ich habe ihn ein zahnloses Tigerlein genannt, denn notwendig wäre er nicht. Aber es ist eine wichtige Handlung, um der Öffentlichkeit zu zeigen: Wir müssen handeln und wir müssen schnell handeln. Und ich bitte dich, lieber Hans-Peter, diese Ausführungen, wie du sie jetzt in dieser Beratung generell an die FDP gemacht hast, wirklich zu unterlassen. Wir sind ganz klar der Meinung: Der Staat hat bei der Durchsetzung etwas zu sagen. Aber wie man es dann macht, das kann dem Markt überlassen werden. Hier werden wir weiterhin ganz klar dafür plädieren, dass es nicht angeht, es nach dem Gemeinlastenprinzip anzugehen; wir haben das mit dem Gemeinlastenprinzip vorhin gehört. Das Gemeinlastenprinzip hat nur ganz wenige Anwendungsbereiche, und dort muss man darüber streiten. Aber es geht darum, dass wir das Verursacherprinzip wirklich durchziehen, und dabei hat der Staat – leider – eine wichtige Bedeutung. Besten Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Was wir jetzt von der SVP gehört haben, das hören wir seit Jahr und Tag. Es ist immer genau die gleiche Masche: Man lehnt sämtliche Klimaschutzmassnahmen und Gesetzgebungen, die in diese Richtung gehen, in diesem Kantonsrat ab und sagt dann aber gleichzeitig jedes Mal: «Ja, liebe Leute, der Klimaschutz ist uns aber etwas wert. Ja, der Klimaschutz läuft ja, wir machen etwas.» Schauen Sie, liebe SVP, damit können Sie aufhören. Diese Masche nehmen wir Ihnen nach ungefähr fünf Jahren Ablehnung von Klimaschutzmassnahmen nicht mehr ab. Sie haben sich selbst in die Ecke der Klimaschutzverweigerer manövriert und Sie sollten in diesem Kantonsrat geradestehen und sagen: «Ja, geschätzte Damen und Herren, wir behindern jede Klimaschutzmassnahme, die in diesem Rat besprochen wird, respektive wir versuchen, sie zu verhindern.» Stehen Sie doch einfach dazu. Vielen Dank.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal:* Herzliche Gratulation, Hans-Peter Brunner, die Grünen unterstützen dich. Leider bist du nicht in meinem Wahlkreis, sonst hätte ich mich sehr auf den nächsten Wahlkampf gefreut. Denn das ist nicht zielführend, wenn man hier von sicherheitspolitischen Punkten spricht. Sicherheitspolitisch – was hat das mit Sicherheitspolitik

zu tun? Mit Sicherheitspolitik hat zum Beispiel die Energiesicherheit zu tun, richtig, und dass unsere Elektrizität weiter gesichert ist. Das ist sie aber nicht mit der Politik, die ihr verfolgt – vide Energiegesetz, heute in der NZZ –, und sie ist es sicher nicht, wenn eine FDP – für mich war das immer eine Bastion der freiheitlichen Politik und der liberalen Politik – sagt: Der Staat hat eine grosse Funktion. «Der Staat hat eine grosse Funktion», sagt ein FDP-Vertreter im Zürcher Kantonsrat. Das hat es in den letzten 100 Jahren nicht gegeben, Hans-Peter Brunner, nein, wirklich nicht. Ich gratuliere zur Verabschiedung von einer bürgerlichen Politik. Ich gratuliere, es geht euch nämlich gleich wie der Reformierten Kirche: Eure Wähler laufen euch davon, eure Mitglieder laufen euch davon. Und sie kommen zu uns, denn wir sind die letzte bürgerliche Bastion. Und wenn mir dann ein Grüner noch vorwirft, wir seien nicht für Umweltpolitik, wo wir klar sagen: Es braucht die Innovation, und da ist die Schweiz führend. Es braucht die Forschung, und da ist die Schweiz führend. Aber es braucht keinen staatlichen Interventionismus und mehr Gesetze und Auflagen wie beim Energiegesetz und wie jetzt hier wieder mit so einem, für einen freiheitlichen Staat wie die Schweiz vollkommen querliegenden, Artikel in der Verfassung. Die Verfassungsänderung muss vors Volk und ich freue mich auf die Debatte, Hans-Peter Brunner, und ich freue mich auf die Debatte, Herr Forrer, und ich freue mich zu sehen, wie die orthodoxe Seite der Grünen – es ist nämlich nicht die ganze Seite der Grünen orthodox – und die orthodoxe Leitung der FDP des Kantons Zürich, Beispiel Redeverbot für einen Jungfreisinnigen auf einem Podium, wie diese zusammen dann in den Wahlkampf gehen. Das ist etwas Neues in den letzten 100 Jahren, und es gibt noch eine bürgerliche Partei, und das ist die SVP und damit hat es sich; und die EDU natürlich und dann hat es sich. Deshalb lehnen Sie diesen Artikel ab.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Ich hätte eigentlich nicht gesprochen, wurde aber angesprochen von Thomas Forrer. Er hat sich da ins Zeug gelegt und gesagt, wie wir uns hier quasi äussern. Aber Herr Forrer, wir haben uns nicht geäussert. Es geht um eine Redaktionslesung. Wir haben diesen Reigen nicht eröffnet. Wir haben uns in der Detailberatung geäussert und unsere Haltung ist klar. Aber Sie haben uns jetzt angesprochen, und gerne äussere ich mich nochmals: Wir unterstützen selbstverständlich konkrete sinnvolle Massnahmen, aber wir unterstützen keine Symbolpolitik. Die SVP steht nicht für eine Symbolpolitik, sondern unterstützt eben die Massnahmen, die konkreten Massnahmen. Und glauben Sie mir, schauen Sie mal im «Zürcher Bauer» den Ökotrumpf, schauen Sie die Rubrik Ökotrumpf an. Schauen Sie, was unsere Mitglieder alles bereits tun, welche Innovationen sie haben. Schauen Sie, wer von uns im Rat eine Holzheizung hat, wer eine Wärmepumpe hat. Wir sind viel weiter, als Sie alle glauben. Und das erreichen wir nicht mit neuen Gesetzen, mit einer Symbolpolitik, sondern das erreichen wir mit Taten. Wer setzt sich ein für eine regionale Landwirtschaft, für einen Kreislauf, für eine naturnahe Landwirtschaft, für einen Kreislaufgedanken, für eine Energieversorgung – da sind wir jetzt gerade daran, dazu kommt bald die zweite Lesung – die in inländischen Händen bleibt, die wir steuern können? Das

ist unser Anliegen. Wir setzen uns aber nicht und geben uns nicht her für eine Symbolpolitik, deshalb lehnen wir diesen Verfassungstext ab. Herzlichen Dank.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Einfach der Ehrlichkeit halber, ich nenne jetzt keine Parteien: Alle Personen in diesem Ratssaal, die irgendwo in einem Vorstand, in irgendeiner Sektion des Hauseigentümerversandes sind, werden, denke ich, nach der heutigen Sitzung, wenn sie diesem Schutzartikel zustimmen, aus dem Hauseigentümerversand austreten. Denn die vom Hauseigentümerversand – und da sind auch Komponenten der liberalen FDP an vorderster Front –, ihr werdet, nehme ich an, alle zurücktreten. Denn ihr könnt ja nicht hier eine grüne Politik betreiben und gleichzeitig gegen euren Verband wettern beziehungsweise eure Interessen des Verbandes vertreten. Da macht ihr eine schlechte Falle. So geht das letztendlich nicht. Aber wir wären offen, wir würden noch das eine oder andere Amt des Hauseigentümerversandes selbstverständlich übernehmen.

*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf):* Liebe SVP, Sie wollen Innovation, Sie wollen Klimaschutz. Wir wollen Innovation, wir wollen Klimaschutz und wir wollen Wertschöpfung im eigenen Land behalten. Wir wollen nicht jedes Jahr für mehrere Milliarden Erdöl und Erdgas aus dem Ausland importieren. Wir wollen erneuerbare Energien in unserem Land fördern und fordern. Das gibt Innovation, das gibt Wertschöpfung und das gibt besseren Klimaschutz. Besten Dank. Und damit noch ein Satz: Das Energiegesetz, das Sie ebenfalls nicht unterstützen, würde das schon zu einem grossen Teil umsetzen. Merci.

### *Redaktionslesung*

#### *Titel und Ingress*

*I. Die Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 wird wie folgt geändert:*

*Art. 102a*

*II. und III.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

#### *Dispositiv*

*I. und II.*

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

#### *Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 119 : 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) der Vorlage 232b/2018 zuzustimmen.**

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Diese Verfassungsänderung wird den Stimmberechtigten zur Volksabstimmung unterbreitet.

Das Geschäft ist erledigt.